



**OXFAM**

Deutschland

OXFAM DEUTSCHLAND:  
UNTERSCHRIFTEN-RALLYES  
FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT



# FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR KAMPAGNE „KLIMAKILLER ZUR KASSE!“

## 1. Worum geht es bei der Kampagne?

Die Klimakrise ist da, und sie ist ungerecht! Und diese Ungerechtigkeit wollen wir mit der Kampagne angehen.

Jahr für Jahr machen große Konzerne Milliardenumsätze auf Kosten des Klimas.

Ihre CEOs fliegen in Privatjets um die Welt oder heizen die Klimakrise mit ihren Luxusyachten weiter an.

Sie sind es, die die Klimakrise anheizen.

Gleichzeitig blicken viele Menschen im Globalen Süden der Katastrophe bereits jetzt ins Auge. Beispielsweise im Osten Afrikas, wo in einigen Ländern seit Jahren der Regen ausbleibt, oder in Pakistan, wo im letzten Jahr schwere Überschwemmungen die Ernten vernichtet haben.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, dass sie sich konkret für Klimagerechtigkeit einsetzt. Und zwar indem sie

1. die größten Klimakiller in die Verantwortung nimmt und
2. die gewonnenen Einnahmen denjenigen zu Gute kommen lässt, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, aber am meisten unter ihren Folgen leiden.

## 2. Wer steckt hinter der Kampagne?

Hinter der Klimakiller-Kampagne steht die internationale Organisation Oxfam. Seite an Seite mit rund 3.000 Partnerorganisationen in fast 90 Ländern setzen wir uns gegen Ungleichheit ein, um Armut und Ungerechtigkeit zu beenden. Die Klimakrise betrachten wir als eine Hauptursache für weltweite Armut und Ungerechtigkeit.

## 3. Warum macht Oxfam diese Kampagne jetzt?

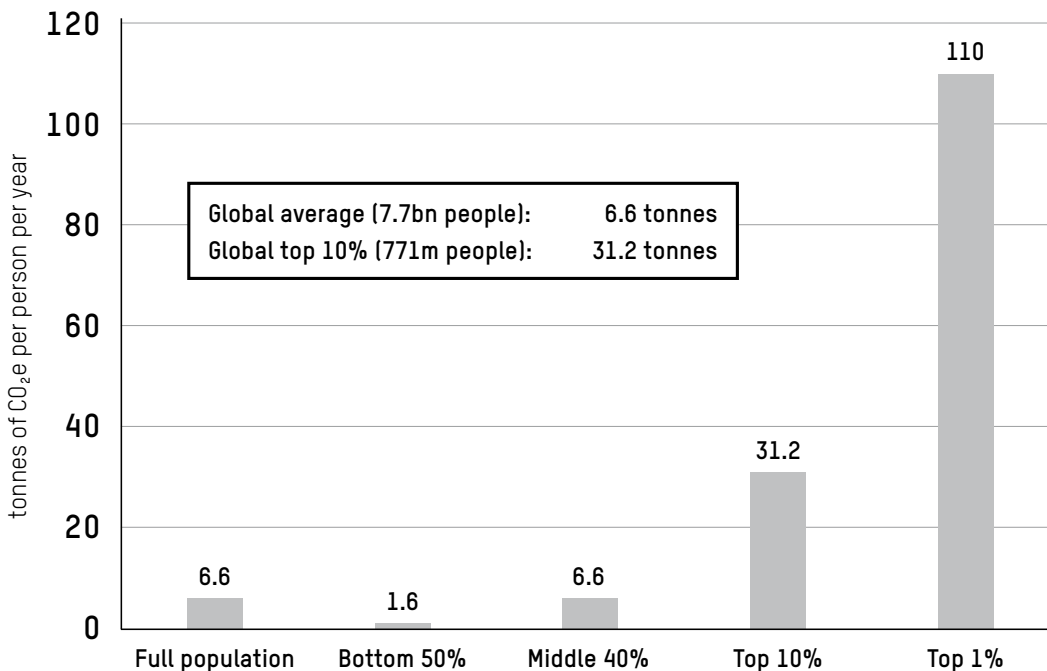
In den letzten Jahren haben die Klimafolgen stark zugenommen und treffen besonders Menschen, die kaum dazu beigetragen haben. Auf Druck der Zivilgesellschaft wurde deshalb auf der Weltklimakonferenz 2022 (COP27) beschlossen, einen weltweiten Fonds einzurichten, der diese Menschen bei der Bewältigung unvermeidlicher Klimafolgeschäden finanziell unterstützt. Damit dieser Fonds bei der nächsten Weltklimakonferenz im November/Dezember 2023 konkret ausgestaltet wird, bauen wir jetzt weiter Druck auf und zeigen auf, woher die finanziellen Mittel eingeholt werden müssen.

#### 4. Warum sollte ich die Kampagne unterstützen?

Mit Deinem Einsatz im Rahmen der Kampagne setzt du Dich für Klimagerechtigkeit ein. Durch solche und ähnliche Aktionen erhöhen wir gemeinsam den Druck auf Regierungen, Konzerne und Superreiche stärker in die Verantwortung zu nehmen und das Geld für die Betroffenen der Klimakrise einzusetzen

#### 5. Wie viel mehr CO<sub>2</sub> verursachen reiche Menschen, im Vergleich zum Rest der Welt?

Der Pro-Kopf-Ausstoß eines Menschen aus dem reichsten Prozent ist 16-mal größer als der eines durchschnittlichen Menschen auf unserem Planeten.



Milliardär\*innen haben einen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, der sogar mehr als eine Million Mal größer ist als der eines Menschen aus den unteren 90 Prozent. Insgesamt verursacht das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Emissionen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

#### 6. Wie sollen die Hauptverantwortlichen für die Klimakrise bezahlen?

In der internationalen Klimapolitik besteht große Einigkeit darüber, dass die Beiträge zur Bewältigung der Klimakrise in Abhängigkeit von dem Einfluss auf die Klimakrise und der jeweiligen Leistungsfähigkeit (z.B. Wirtschaftskraft) bemessen werden sollen. Das bedeutet: Wirtschaftlich privilegierte Länder, fossile Konzerne und Reiche bzw. Supereiche müssen in besonderem Maße zur Bewältigung der Klimakrise beitragen.

Grundsätzlich eignen sich eine ganze Reihe von Instrumenten für diesen Zweck – solange sie entweder Einkünfte aus klimaschädlichem Verhalten oder von Reichen und Superreichen abschöpfen können. Beispiele hierfür sind eine Übergewinnsteuer, eine Vermögenssteuer und Abgaben auf die Förderung fossiler Energien.

#### 7. Was ist eine Übergewinnsteuer?

Eine Übergewinnsteuer schöpft Gewinne von Unternehmen ab, die über einen definierten „Normalgewinn“ hinausgehen. Was als normaler Gewinn gilt, ist von der jeweiligen Ausgestaltung der Steuer abhängig. Eine einheitliche Definition von Übergewinnen gibt es daher nicht. Oxfams Analyse von 95 Unternehmen aus der Lebensmittel- und Energiebranche zeigt: Ihre Gewinne stiegen im Jahr 2022 um mehr als das Zweieinhalbfache (256 Prozent) im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018–2021. Sie erzielten insgesamt 306 Milliarden US-Dollar an Übergewinnen (definiert als 10 Prozent über dem durchschnittlichen Nettogewinn 2018–2021). Oxfam fordert, dass Übergewinne mit einer Steuer mit Steuersätzen von mindestens 50 Prozent abgeschöpft werden.

## 8. Was ist eine Vermögenssteuer?

Eine Vermögenssteuer ist eine Steuer auf das Gesamtvermögen (Grundvermögen, Finanzvermögen, Betriebsvermögen, abzüglich der Schulden) eines\*r Steuerpflichtigen. Vermögenssteuern sollen sehr hohe persönliche Vermögen fortlaufend besteuern und sind notwendig, um die extreme Ungleichheit der Vermögen zu verringern und gesellschaftlich dringend benötigte finanzielle Mittel bereitzustellen, z.B. für die Bekämpfung von Armut und die Bewältigung der Klimakrise. Entsprechende hohe Freibeträge (z.B. bis ein oder zwei Millionen Euro) und Ausnahmen (z.B. für selbstbewohntes Wohneigentum) können gewährleisten, dass kleinere und mittlere Vermögen und damit die allermeisten Menschen nicht betroffen sind.

Deutschland weist unter den europäischen OECD-Ländern eine der höchsten Vermögensungleichheiten auf: Die reichsten zehn Prozent besitzen 67 Prozent des gesamten Privatvermögens, das reichste Prozent 35 Prozent und allein die reichsten 0,1 Prozent ca. 20 Prozent. Die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung besitzen mit nur 1,3 Prozent kein nennenswertes Vermögen.

## 9. Was soll mit den Einnahmen passieren?

Auf der Weltklimakonferenz 2022 (COP27) wurde beschlossen, einen neuen Fonds einzurichten. Dieser soll finanzielle Mittel bereitstellen, um die Menschen in den einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens bei der Bewältigung von unvermeidlichen Verlusten und Schäden durch die Klimakrise zu unterstützen. Je nach Ausgestaltung der Instrumente wie Übergewinnsteuer und Vermögenssteuer würden die Einnahmen nicht direkt in den Fonds fließen, sondern in Form von Einzahlungen durch die Bundesregierung, die durch die zusätzlichen Einnahmen den finanziellen Spielraum dafür erhält.

Mit dem Geld können in den betroffenen Ländern die Kosten der Klimafolgeschäden bewältigt werden. Dazu zählen unter anderem Programme zum Wiederaufbau nach Katastrophen, Projekte zur Wiederherstellung von Lebensgrundlagen und Subventionen für Klima-Versicherungen, mit denen Menschen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft abgesichert werden können.

## 10. Was hat es mit dem Entschädigungsfonds der Vereinten Nationen auf sich?

Schon vor über 30 Jahren haben die kleinen Inselstaaten einen Fonds vorgeschlagen, der die Kosten der Folgeschäden durch den Anstieg des Meeresspiegels auf die Industrieländer umverteilen sollte. Die Industrieländer haben diesen Vorschlag abgelehnt, das Thema seither ignoriert und Fortschritte nach Kräften blockiert. Der Grund: Die Industrieländer haben große Angst davor, dass eine Diskussion über das Thema in der internationalen Klimapolitik über kurz oder lang zu Entschädigungsforderungen ihnen gegenüber führen würde.

Inzwischen ist das Thema nicht mehr wegzudiskutieren, auch wegen der sich verschärfenden Klimakrise. So gelang bei der COP27 der Durchbruch, als beschlossen wurde, einen Fonds einzurichten, der finanzielle Unterstützung für die Bewältigung von Klimafolgeschäden bereitstellen soll. Die Details des Fonds sind noch ungeklärt – wie z.B. wofür die Mittel bereitgestellt werden, wie die Gelder verteilt werden und insbesondere auch, woher das Geld dafür kommen wird. Im Optimalfall werden dazu auf der kommenden COP28 umfassende Beschlüsse gefasst. Dann könnte der Fonds 2024 seine Arbeit aufnehmen. Läuft es weniger gut, wird sich die Sache noch ein bis zwei Jahre in die Länge ziehen.

## 11. Wie verbindlich ist der Entschädigungsfonds der Vereinten Nationen?

Der Grad der Verbindlichkeit des Fonds ist noch ungeklärt. Klar ist: Es wird einen Fonds geben. Wer aber am Ende einzahlen wird und nach welchen Regeln, wird sich noch herausstellen. Nach Vorstellungen der Industrieländer würde der Fonds vermutlich nur durch freiwillige Beiträge gefüllt werden. Verbindliche Beiträge nach einem Verteilungsschlüssel wären zwar aus Gerechtigkeitsperspektive wünschenswert, dürften aber am politischen Widerstand scheitern. Das liegt nicht nur an den Industrieländern, sondern auch an den großen Schwellenländern, an die ebenfalls Beitragsforderungen gestellt werden könnten.

## **12. Auf welche Weise sind Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern im Globalen Süden von der Klimakrise betroffen?**

Die große Ungerechtigkeit besteht darin, dass der Klimawandel die in Armut lebenden Menschen in den Ländern des Globalen Südens am stärksten trifft, obwohl sie in der Regel am wenigsten und häufig überhaupt nicht zu der Krise beigetragen haben.

Der Klimawandel lässt die Ernten vertrocknen, macht die Ernährung unsicher, verschlechtert die Trinkwasserversorgung in ohnehin trockenen Gegenden, begünstigt die Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria und überschwemmt mit sintflutartigen Regenfällen Felder und Dörfer. Dürren, Stürme, Überschwemmungen, Malaria – all dies plagt die Menschen in den wirtschaftlich benachteiligten Ländern seit jeher und gehört auch seit jeher zu den Ursachen von Armut. Neu sind aber Zahl, Heftigkeit und Dauer solch extremer Ereignisse. Über Generationen überliefertes Wissen, etwa um mit langanhaltender Trockenheit zurechtzukommen oder die wenigen Regenwochen eines Jahres sinnvoll zu nutzen, reichen häufig nicht mehr aus. Vielerorts verschlechtern sich die Lebensbedingungen weiter, verlieren die Menschen ihre Lebensgrundlagen und rutschen noch tiefer in die Armut.

Nicht nur fallen in einkommensschwachen Ländern die Folgen des Klimawandels heftiger aus als bei uns. Auch leben die ärmsten Menschen häufig unter ohnehin sehr schwierigen Verhältnissen, etwa an Flussufern mit hohem Überschwemmungsrisiko oder in besonders trockenen Gegenden, wo sauberes Wasser schon immer knapp war. Vier Milliarden Menschen gelten als durch den Klimawandel gefährdet, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, in Südasien und auf kleinen Inselstaaten. Hart trifft es besonders Menschen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, deren Erträge hochgradig wetterabhängig sind, oder weil sie keinerlei Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, Bildung und Gesundheitsfürsorge haben. Finanzielle Mittel zur Bewältigung von Klimafolgeschäden oder zur Anpassung, beispielsweise durch bessere Bewässerungssysteme oder flutsichere Häuser, fehlen diesen Menschen.

## **13. Auf welche Weise soll das Geld den Menschen im Globalen Süden helfen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind?**

Die Menschen im Globalen Süden brauchen ausreichend Unterstützung, um die unvermeidlichen Verluste und Schäden infolge der Klimakrise auszugleichen. Dafür braucht es z.B. Geld für den Wiederaufbau nach Stürmen oder Überschwemmungen, für neue Lebensgrundlagen, wenn die Landwirtschaft keine zuverlässigen Einkommensmöglichkeiten mehr bietet oder gar komplett aufgegeben werden muss. Geld wird z.B. auch benötigt, um Menschen die Umsiedlung zu ermöglichen, wenn der steigende Meeresspiegel das Land dauerhaft überschwemmt oder unbewohnbar macht.

Bisher gibt es für diese Bewältigung unvermeidlicher Verluste und Schäden keine zuverlässige Finanzierung – die betroffenen Menschen, Regionen und Länder sind auf freiwillige Hilfen der reichen Länder angewiesen. Diese reichen in der Regel bei weitem nicht aus und hängen von den politischen Prioritäten der Geberländer ab. Der neue, multilaterale Fonds könnte hier Abhilfe schaffen – wenn er ausreichend ausgestattet und gerecht aufgestellt ist.

## **14. Sollte das Geld nicht besser für Klimaschutz ausgegeben werden?**

Wir müssen das eine tun, das andere nicht lassen. Natürlich muss die Klimakrise durch ehrgeizigen Klimaschutz so weit wie möglich begrenzt werden. Jedes Zehntelgrad Celsius Erwärmung verschlimmert die Folgen weiter. Gleichzeitig sind die Folgen der Klimakrise aber schon heute spürbar – und für ihre Bewältigung brauchen die Menschen jetzt Unterstützung.

Für den Klimaschutz in den einkommensschwachen Ländern gibt es bereits international zugesagte Unterstützung und diverse multilaterale Fonds – auch wenn die bereitgestellten Summen viel zu gering sind. Für die Bewältigung unvermeidlicher Klimafolgeschäden hingegen gibt es solche organisierte und mit festen Zusagen und Verpflichtungen untermauerte Unterstützung jenseits humanitärer Appelle und kleinerer Projekte noch nicht.

## **15. Was bringt da eine Unterschriftenliste?**

Die Unterschriftenaktion ist ein solider Baustein unserer Kampagne „Klimakiller zur Kasse!“. Im Zusammenspiel mit gezielter Medienarbeit, öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Fachgesprächen mit Entscheidungsträger\*innen aus Politik und Wirtschaft entfaltet sie ihre Wirkung. Die Tatsache, dass Menschen unser Anliegen mit ihrem Namen und ihrer Unterschrift unterstützen, verleiht uns politisches Gewicht und es zeigt den Entscheidungsträger\*innen, dass die Öffentlichkeit wachsam ist, das Thema für wichtig erachtet und es gegebenenfalls auch an der Wahlurne eine Rolle spielt.

Nicht zuletzt trägt unsere Unterschriften-Sammelaktion dazu bei, dass mehr Leute von unserem Anliegen erfahren und das öffentliche Bewusstsein für das Thema Klimagerechtigkeit gestärkt wird.

## **16. Was passiert mit den Unterschriften?**

Die Unterschriften werden bis Mitte November gesammelt und anlässlich der nächsten Weltklimakonferenz (COP28) im November/Dezember 2023 öffentlichkeitswirksam an ein\*e Vertreter\*in der Bundesregierung überreicht.

## **17. Kann ich die Unterschriftenliste auch irgendwo auslegen?**

Prinzipiell sehr gerne. Sprich dies aber vorher auf jeden Fall mit allen Beteiligten ab. Bitte nicht einfach die Materialien oder Unterschriften irgendwo auslegen. Falls sie die Kampagne nicht unterstützen möchten, ist das ihr gutes Recht.

## **18. Müssen auf den Unterschriftenlisten E-Mail-Adresse und Telefonnummern angegeben werden?**

Die Angabe der Daten ist selbstverständlich freiwillig und kein Muss. Über die Angabe ihrer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer haben die Unterzeichner\*innen jedoch die Möglichkeit, mehr über die Kampagne zu erfahren und über weitere Engagement-Möglichkeiten informiert zu werden. Dazu gehören z.B. weitere Aktionen zur Beteiligung, Workshops und Spendenaufrufe. Durch letztere werden nicht nur unsere Nothilfe und die langfristigen Projekte finanziert, sondern auch unsere politische Unabhängigkeit gestärkt: Durch den finanziellen Beitrag unserer Unterstützer\*innen sind wir nicht auf einzelne große Geldgeber\*innen angewiesen. So bleibt unsere Kampagnenarbeit unabhängig! Ermutige Deine Gesprächspartner\*innen also gern ihre Kontaktdaten zu hinterlassen.

